

## **SÄA-1 Gliederung und Delegiertenverteilung von B90/GRÜNE Berlin**

Antragsteller\*innen: Timur Ohloff (KV Berlin-Mitte) Birgit  
Laubach (KV Berlin-Reinickendorf) Gisela  
Erlar (KV Berlin-Mitte) Madlen Ehrlich (KV  
Berlin-Mitte) Marianne Birthler (KV Berlin-  
Mitte) Andreas Otto (KV Berlin-Pankow)  
Tagesordnungspunkt: TOP 3 Satzungsänderungsanträge

1 **NEU**

2 **Satzung von Bündnis 90/Die GRÜNEN Berlin**

3 ...

4 **Abschnitt II: Gliederungen und innerparteiliche Vereinigungen**

5 § 9 **Kreisverbände**

6 § 10 **Landesarbeitsgemeinschaften**

7 § 11 Innerparteiliche Vereinigungen

8 § 11a Grüne Jugend

9 ...

10 **ALT**

11 **Abschnitt II: Gliederungen und innerparteiliche Vereinigungen**

12 § 9 ***Bezirksgruppen***

13 § 10 ***Abteilungen***

14 § 11 Innerparteiliche Vereinigungen

15 § 11a Grüne Jugend

## **Begründung**

Die Gliederung und Delegiertenverteilung auf den Parteitag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Berlin sind nicht mit dem [Parteiengesetz](#), hier insbesondere §§ 7-13 zur inneren Ordnung, vereinbar. Wir sind jedoch überzeugt, dass Satzungsänderungen vorzugsweise nicht rechtlich erzwungen, sondern politisch entschieden werden. Dabei bildet das Parteiengesetz als einfachrechtliche Ausformung der verfassungsrechtlichen Vorgaben zur innerparteilichen Ordnung den Rechtsrahmen, innerhalb dessen sich politische Entscheidungen bewegen müssen.

Als Rechtsstaatspartei sollten wir unserem eigenen Anspruch gerecht werden und die Satzung des Landesverbandes schnellstmöglich in Einklang mit geltendem Recht bringen. In 15 von 16 Bundesländern ist dies bereits der Fall. Dort gibt es eine räumliche Gliederung in Orts-, Kreis-, Bezirks- und Landesverbände nach §10 [Satzung](#) des Bundesverbandes und die Delegiertenverteilung auf den Parteitagen ist mit dem Parteiengesetz konform.

**In der Grünen Wolke finden sich die gebündelten Satzungsänderungsanträge sowie eine Präsentation zur Veranschaulichung:**

<https://wolke.netzbegruenung.de/s/6djfbMmWyPmoZYE>

## **SÄA-2 Gliederung und Delegiertenverteilung von B90/GRÜNE Berlin**

Antragsteller\*innen: Timur Ohloff (KV Berlin-Mitte) Birgit  
Laubach (KV Berlin-Reinickendorf) Gisela  
Erler (KV Berlin-Mitte) Madlen Ehrlich (KV  
Berlin-Mitte) Marianne Birthler (KV Berlin-  
Mitte) Andreas Otto (KV Berlin-Pankow)  
Tagesordnungspunkt: TOP 3 Satzungsänderungsanträge

### 1 **NEU**

#### 2 **§ 1 Name und Sitz**

3 (1) Der Landesverband führt den Namen Bündnis 90/Die GRÜNEN – Landesverband  
Berlin.

4 (2) Er ist ein Gebietsverband des Bundesverbandes der politischen Partei Bündnis  
5 90/Die  
GRÜNEN.

6 (3) Der Landesverband führt die Zusatzbezeichnung Alternative Liste für  
7 Demokratie und  
Umweltschutz. Seine Kurzbezeichnung ist GRÜNE Berlin.

8 (4) Sitz und Arbeitsgebiet ist das Land Berlin.

9 (5) Der Landesverband gliedert sich in **Kreisverbände nach [§10 Satzung des](#)**  
**Bundesverbandes .**

### 10 **ALT**

#### 11 **§ 1 Name und Sitz**

12 ...

13 (5) Der Landesverband gliedert sich in **Bezirksgruppen und Abteilungen.**

## **Begründung**

Die Gliederung und Delegiertenverteilung auf den Parteitag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Berlin sind nicht mit dem [Parteiengesetz](#), hier insbesondere §§ 7-13 zur inneren Ordnung, vereinbar. Wir sind jedoch überzeugt, dass Satzungsänderungen vorzugsweise nicht rechtlich erzwungen, sondern politisch entschieden werden. Dabei bildet das Parteiengesetz als einfachrechtliche Ausformung der verfassungsrechtlichen Vorgaben zur innerparteilichen Ordnung den Rechtsrahmen, innerhalb dessen sich politische Entscheidungen bewegen müssen.

Als Rechtsstaatspartei sollten wir unserem eigenen Anspruch gerecht werden und die Satzung des Landesverbandes schnellstmöglich in Einklang mit geltendem Recht bringen. In 15 von 16 Bundesländern ist dies bereits der Fall. Dort gibt es eine räumliche Gliederung in Orts-, Kreis-, Bezirks- und Landesverbände nach §10 [Satzung](#) des Bundesverbandes und die Delegiertenverteilung auf den Parteitag ist mit dem Parteiengesetz konform.

**In der Grünen Wolke finden sich die gebündelten Satzungsänderungsanträge sowie eine Präsentation zur Veranschaulichung:**<https://wolke.netzbegruenung.de/s/6djfbMmWyPmoZYE>

## **SÄA-3 Gliederung und Delegiertenverteilung von B90/GRÜNE Berlin**

Antragsteller\*innen: Timur Ohloff (KV Berlin-Mitte) Birgit  
Laubach (KV Berlin-Reinickendorf) Gisela  
Erlar (KV Berlin-Mitte) Madlen Ehrlich (KV  
Berlin-Mitte) Marianne Birthler (KV Berlin-  
Mitte) Andreas Otto (KV Berlin-Pankow)  
Tagesordnungspunkt: TOP 3 Satzungsänderungsanträge

### **NEU**

#### **§ 3 Aufnahme von Mitgliedern**

(1) Der Antrag auf Aufnahme erfolgt durch schriftliche Erklärung. **Über die Aufnahme entscheidet der zuständige Kreisvorstand.** Der Kreisvorstand kann diese Zuständigkeit an den Landesvorstand delegieren. Die Mitgliedschaft beginnt mit der Zustimmung des Kreisvorstands oder des Landesvorstands gegenüber dem/der Bewerber\*in.

(2) Über die Aufnahme sind das Mitglied, der Kreisvorstand und der Landesvorstand unverzüglich zu informieren.

### **ALT**

#### **§ 3 Aufnahme von Mitgliedern**

(1) Der Antrag auf Aufnahme erfolgt durch schriftliche Erklärung. **Will der/die Bewerber\*in das Stimmrecht in einem Kreisverband wahrnehmen, entscheidet der Bezirksvorstand über die Aufnahme.** Der Bezirksvorstand kann diese Zuständigkeit an den Landesvorstand delegieren. **Will der/die Bewerber\*in das Stimmrecht in einer Abteilung/Landesarbeitsgemeinschaft wahrnehmen, entscheidet der Landesvorstand über die Aufnahme.** Die Mitgliedschaft

beginnt mit

der Zustimmung des **Bezirks**vorstands oder des Landesvorstands gegenüber dem der Bewerber\*in.

- 17 (2) Über die Aufnahme sind das Mitglied, der **Bezirks**vorstand und der  
18 Landesvorstand  
unverzüglich zu informieren.

### **Begründung**

Die Gliederung und Delegiertenverteilung auf den Parteitag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Berlin sind nicht mit dem [Parteiengesetz](#), hier insbesondere §§ 7-13 zur inneren Ordnung, vereinbar. Wir sind jedoch überzeugt, dass Satzungsänderungen vorzugsweise nicht rechtlich erzwungen, sondern politisch entschieden werden. Dabei bildet das Parteiengesetz als einfachrechtliche Ausformung der verfassungsrechtlichen Vorgaben zur innerparteilichen Ordnung den Rechtsrahmen, innerhalb dessen sich politische Entscheidungen bewegen müssen.

Als Rechtsstaatspartei sollten wir unserem eigenen Anspruch gerecht werden und die Satzung des Landesverbandes schnellstmöglich in Einklang mit geltendem Recht bringen. In 15 von 16 Bundesländern ist dies bereits der Fall. Dort gibt es eine räumliche Gliederung in Orts-, Kreis-, Bezirks- und Landesverbände nach §10 [Satzung](#) des Bundesverbandes und die Delegiertenverteilung auf den Parteitagen ist mit dem Parteiengesetz konform.

**In der Grünen Wolke finden sich die gebündelten Satzungsänderungsanträge sowie eine Präsentation zur Veranschaulichung:**<https://wolke.netzbegruenung.de/s/6djfbMmWyPmoZYE>

## **SÄA-4 Gliederung und Delegiertenverteilung von B90/GRÜNE Berlin**

Antragsteller\*innen: Timur Ohloff (KV Berlin-Mitte) Birgit  
Laubach (KV Berlin-Reinickendorf) Gisela  
Erlar (KV Berlin-Mitte) Madlen Ehrlich (KV  
Berlin-Mitte) Marianne Birthler (KV Berlin-  
Mitte) Andreas Otto (KV Berlin-Pankow)  
Tagesordnungspunkt: TOP 3 Satzungsänderungsanträge

### **NEU**

#### **§ 5 Rechte und Pflichten der Mitglieder**

...

(3) Jedes Mitglied hat Stimmrecht in **einem Kreisverband**. Grundsätzlich gilt das Wohnortprinzip. Um das Stimmrecht in **einem anderen Kreisverband** wahrzunehmen, muss schriftlich ein begründeter Antrag an den Landesvorstand gestellt und durch diesen bewilligt werden. Der Wechsel der Wahrnehmung des Stimmrechts in **einen anderen Kreisverband** kann beim Landesvorstand beantragt werden. Der Landesvorstand entscheidet innerhalb von vier Wochen über den Antrag. Der Wechsel tritt im Falle der Zustimmung vier Wochen nach Stellung des Antrags in Kraft. In begründeten Fällen kann der Landesvorstand die Frist verlängern. Der Landesvorstand teilt dies dem Mitglied, welches den Antrag gestellt hat, unter Nennung der Frist mit. In Landesarbeitsgemeinschaften können alle Mitglieder des Landesverbands mitstimmen, in berlin-brandenburgischen Landesarbeitsgemeinschaften auch brandenburgische Mitglieder.

In **Kreisverbänden** kann jedes Mitglied des Landesverbands mitstimmen, das dort sein innerparteiliches Stimmrecht gemäß § 5 (3) wahrnimmt oder im jeweiligen Bezirk

19 seinen  
Hauptwohnsitz hat, auch bei der Aufstellung oder Nominierung von Kandidat\*innen  
für  
öffentliche Ämter. Ausgenommen sind Delegiertenwahlen, **Vorstandswahlen** und  
Abstimmungen über  
die Satzung.

20 (4) Jedes Mitglied hat entsprechend den gesetzlichen Regelungen bei der  
21 Aufstellung der  
22 Kandidat\*innen für öffentliche Wahlen Stimmrecht in **dem Kreisverband** des  
Wahlkreisverbandes,  
in dem es seinen Hauptwohnsitz hat.

## 23 **ALT**

### 24 **§ 5 Rechte und Pflichten der Mitglieder**

25 ...

26 (3) Jedes Mitglied hat Stimmrecht in **einer Bezirksgruppe, Abteilung oder**  
27 **innerparteilichen**  
28 **Vereinigung**. Grundsätzlich gilt das Wohnortprinzip. Um das Stimmrecht in **einer**  
29 **anderen**  
30 **Bezirksgruppe, Abteilung oder innerparteilichen Vereinigung** wahrzunehmen, muss  
31 schriftlich  
32 ein begründeter Antrag an den Landesvorstand gestellt und durch diesen bewilligt  
33 werden. Der  
34 Wechsel der Wahrnehmung des Stimmrechts in **eine andere Bezirksgruppe, Abteilung**  
35 **oder**  
36 **innerparteiliche Vereinigung** kann beim Landesvorstand beantragt werden. Der  
37 Landesvorstand  
entscheidet innerhalb von vier Wochen über den Antrag. Der Wechsel tritt im Falle  
der  
Zustimmung vier Wochen nach Stellung des Antrags in Kraft. In begründeten Fällen  
kann der  
Landesvorstand die Frist verlängern. Der Landesvorstand teilt dies dem Mitglied,  
welches den  
Antrag gestellt hat, unter Nennung der Frist mit. In **Abteilungen und**  
Landesarbeitsgemeinschaften können alle Mitglieder des Landesverbands mitstimmen,  
in berlin-  
brandenburgischen Landesarbeitsgemeinschaften auch brandenburgische Mitglieder.

38 **Delegiertenwahlen und Abstimmungen über die Satzung sind jedoch Mitgliedern**  
39 **vorbehalten, die**

40 ***ihr innerparteiliches Stimmrecht gemäß § 5 (3) in der jeweiligen Abteilung***  
41 ***wahrnehmen.*** In  
42 ***Bezirksgruppen*** kann jedes Mitglied des Landesverbands mit stimmen, das dort sein  
43 innerparteiliches Stimmrecht gemäß § 5 (3) wahrnimmt oder im jeweiligen Bezirk  
seinen  
Hauptwohnsitz hat, auch bei der Aufstellung oder Nominierung von Kandidat\*innen  
für  
öffentliche Ämter. Ausgenommen sind Delegiertenwahlen und Abstimmungen über die  
Satzung.

44 (4) Jedes Mitglied hat entsprechend den gesetzlichen Regelungen bei der  
45 Aufstellung der  
46 Kandidat\*innen für öffentliche Wahlen Stimmrecht in ***der Bezirksgruppe*** des  
Wahlkreisverbandes, in dem es seinen Hauptwohnsitz hat.

## **Begründung**

Die Gliederung und Delegiertenverteilung auf den Parteitag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Berlin sind nicht mit dem [Parteiengesetz](#), hier insbesondere §§ 7-13 zur inneren Ordnung, vereinbar. Wir sind jedoch überzeugt, dass Satzungsänderungen vorzugsweise nicht rechtlich erzwungen, sondern politisch entschieden werden. Dabei bildet das Parteiengesetz als einfachrechtliche Ausformung der verfassungsrechtlichen Vorgaben zur innerparteilichen Ordnung den Rechtsrahmen, innerhalb dessen sich politische Entscheidungen bewegen müssen.

Als Rechtsstaatspartei sollten wir unserem eigenen Anspruch gerecht werden und die Satzung des Landesverbandes schnellstmöglich in Einklang mit geltendem Recht bringen. In 15 von 16 Bundesländern ist dies bereits der Fall. Dort gibt es eine räumliche Gliederung in Orts-, Kreis-, Bezirks- und Landesverbände nach §10 [Satzung](#) des Bundesverbandes und die Delegiertenverteilung auf den Parteitag ist mit dem Parteiengesetz konform.

**In der Grünen Wolke finden sich die gebündelten Satzungsänderungsanträge sowie eine Präsentation zur Veranschaulichung:**<https://wolke.netzbegrueung.de/s/6djfbMmWyPmoZYE>

## **SÄA-5 Gliederung und Delegiertenverteilung von B90/GRÜNE Berlin**

Antragsteller\*innen: Timur Ohloff (KV Berlin-Mitte) Birgit  
Laubach (KV Berlin-Reinickendorf) Gisela  
Erlar (KV Berlin-Mitte) Madlen Ehrlich (KV  
Berlin-Mitte) Marianne Birthler (KV Berlin-  
Mitte) Andreas Otto (KV Berlin-Pankow)  
Tagesordnungspunkt: TOP 3 Satzungsänderungsanträge

1 **NEU**

2 **Abschnitt I: Aufgabe, Mitgliedschaft und Mitarbeit**

3 ...

4 **§ 8 Ordnungsmaßnahmen**

5 ...

6 (2) Ordnungsmaßnahme gegen **Kreisverbände** und innerparteiliche Vereinigungen ist  
7 deren  
Auflösung.

8 ...

9 **Abschnitt II: Gliederungen und innerparteiliche Vereinigungen**

10 **§ 9 Die Kreisverbände**

11 (1) **Ein Kreisverband** hat mindestens drei Mitglieder. **Sein** Tätigkeitsgebiet  
12 umfasst den  
13 jeweiligen Bezirk des Landes Berlin. Die **Kreisverbände** können weitere  
Untergliederungen  
bilden.

14 (2) Die **Kreisverbände** tragen den Namen „Bündnis 90/Die GRÜNEN Berlin“ zuzüglich

15 des Namens  
des Bezirks. Weitere Namensteile sind möglich.

16 (3) Die **Kreisverbände** sind in ihrer Tätigkeit grundsätzlich autonom, sofern sie  
17 nicht gegen  
18 die politischen Grundsätze und Programme von Bündnis 90/Die GRÜNEN verstoßen. Sie  
19 können  
20 sich für die Regelung ihrer Angelegenheiten eine Satzung sowie eine Wahl- und  
Geschäftsordnung geben, sonst gilt die Wahl- und Geschäftsordnung der  
Landesmitgliederversammlungen/Landesdelegiertenkonferenzen.

21 (4) Die **Kreisverbände** wählen einen Vorstand. Er vertritt **den Kreisverband** nach  
22 außen,  
23 koordiniert die Arbeit **des Kreisverbandes** und übernimmt alle anderen **vom**  
24 **Kreisverband**  
25 übertragenen Aufgaben. Er umfasst mindestens drei Personen. Ein Mitglied des  
Vorstandes ist  
als Finanzverantwortliche\*r zu benennen. Ein Mitglied des Vorstandes wird für die  
Beurkundung von Wahlvorschlägen nach den Wahlgesetzen benannt.

26 (5) Die **Kreisverbände** tagen als Mitgliederversammlungen, in der Regel mindestens  
27 einmal im  
28 Monat. Zu den Versammlungen sind die (Probe-)Mitglieder, die freien  
29 Mitarbeiter\*innen sowie  
Amts- und Mandatsträger\*innen aus dem Bezirk einzuladen. Beschlüsse werden mit  
der Mehrheit  
der anwesenden Mitglieder gefasst.

30 (6) **Der Kreisverband** entscheidet insbesondere über

31 a) die den Bezirk betreffenden politischen Fragen,

32 b) **seine** politischen Aktivitäten im Bezirk,

33 c) Beschlussanträge an die Organe des Landesverbandes und die Gremien des  
Bundesverbandes,

34 d) Verlangen nach Einberufung einer Landesmitgliederversammlung,  
35 Landesdelegiertenkonferenz,  
Bundesdelegiertenkonferenz oder Durchführung einer Urabstimmung,

36 e) den Haushalt **des Kreisverbandes**,

37 f) die Aufstellung von Kandidat\*innen für die Wahl zur BVV und die Aufstellung

38 von  
39 Direktkandidat\*innen für die Wahl zum Abgeordnetenhaus und zum Deutschen  
Bundestag  
entsprechend den gesetzlichen Regelungen.

40 (7) Die **Kreisverbände** wählen Delegierte für **die Bundesdelegiertenkonferenz**, die  
41 Landesdelegiertenkonferenz, die Wahlversammlung, die FLINTA-Konferenz und den  
42 Landesausschuss.

43 ...

#### 44 **§ 10 Landesarbeitsgemeinschaften**

45 (1) ---

46 (2) Landesarbeitsgemeinschaften sind Arbeitsgruppen mit mindestens drei  
47 Mitgliedern, die von  
48 der Landesmitgliederversammlung, der Landesdelegiertenkonferenz oder vom  
Landesausschuss als  
Landesarbeitsgemeinschaft anerkannt werden.

49 (3) Landesarbeitsgemeinschaften wählen Sprecher\*innen. Sie vertreten die  
50 Landesarbeitsgemeinschaft innerhalb der Partei, koordinieren die Arbeit und  
51 übernehmen alle  
anderen von der Landesarbeitsgemeinschaft übertragenen Aufgaben.

52 ...

53 (6) Landesarbeitsgemeinschaften sind in ihrer Tätigkeit grundsätzlich autonom,  
54 sofern sie  
55 nicht gegen Grundsatzbeschlüsse (Grundkonsens, Satzung) des Landes- oder  
56 Bundesverbandes  
57 verstoßen. Sie beschließen insbesondere über die ihr Politikfeld betreffenden  
58 politischen  
59 Fragen und Aktivitäten. Sie beraten in ihrem politischen Arbeitsfeld den  
60 Landesverband, die  
61 Bezirke und die Abgeordnetenhausfraktion und leisten ihren Beitrag zum  
62 gemeinsamen  
63 Wahlprogramm und beschließen über ihre daraus abgeleiteten  
Landesarbeitsgemeinschaftswahlprogramme. Die Landesarbeitsgemeinschaften  
beschließen über  
Beschlussanträge an die Organe des Landesverbandes und des  
Bundesverbandes. Landesarbeitsgemeinschaften können Wahlempfehlungen für  
Kandidat\*innen zu

Wahlen zum Abgeordnetenhaus, zum Bundestag und zum Kongress der Europäischen Grünen Partei  
im Sinne einer Empfehlung (Votum) aussprechen.

64 (7) ---

65 (8) Die Landesarbeitsgemeinschaften wählen Delegierte und Ersatzdelegierte für  
66 die jeweilige  
67 Bundesarbeitsgemeinschaft, die gemäß dem Statut der Bundesarbeitsgemeinschaften  
vom  
Landesvorstand bestätigt werden müssen.

68 (9) Landesarbeitsgemeinschaften beschließen mit einfacher Mehrheit der anwesenden  
69 Mitglieder. Die Termine der Versammlungen sind in geeigneter Form zu  
veröffentlichen.

## 70 § 11 Innerparteiliche Vereinigungen

71 ...

72 (5) Innerparteiliche Vereinigungen haben entsprechend den **Kreisverbänden** der  
73 Partei  
Programm-, Satzungs-, Finanz- und Personalautonomie.

74 ...

## 75 Abschnitt III: Organe

76 ...

## 77 § 13 Die Landesmitgliederversammlung

78 ...

79 (2) Die Landesmitgliederversammlung wird auf Verlangen

80 a) der Landesdelegiertenkonferenz,

81 b) des Landesausschusses,

82 c) eines Viertels der **Kreisverbände** und innerparteilichen Vereinigungen,

83 d) 10% der Mitglieder oder

84 e) auf Beschluss des Landesvorstandes einberufen.

85 ...

86 (5) Anträge müssen dem Landesvorstand fünf Wochen vor der  
87 Landesmitgliederversammlung  
88 vorliegen und werden durch ihn den **Kreisverbänden, Landesarbeitsgemeinschaften,**  
89 innerparteilichen Vereinigungen und Delegierten zugänglich gemacht.  
90 Änderungsanträge müssen  
91 zehn Tage vor der LMV vorliegen und werden den **Kreisverbänden,**  
92 **Landesarbeitsgemeinschaften,**  
innerparteilichen Vereinigungen und Delegierten frühestmöglich zugänglich  
gemacht. Über die  
Behandlung nicht fristgerecht gestellter Anträge und Änderungsanträge entscheidet  
die  
Landesmitgliederversammlung.

93 Für den Antrag zur Erstellung des Wahlprogramms und Anträge zur Änderung der  
94 Satzung gelten  
95 abweichende Fristen. Der Antrag über das Wahlprogramm muss dem Landesvorstand  
96 neun Wochen  
97 vor der LMV vorliegen und wird durch ihn den **Kreisverbänden,**  
98 **Landesarbeitsgemeinschaften,**  
99 innerparteilichen Vereinigungen und Delegierten zugänglich gemacht.  
100 Änderungsanträge an dem  
101 Antrag über das Wahlprogramm müssen dem Landesvorstand vier Wochen vor der LMV  
102 vorliegen und  
werden durch ihn den **Kreisverbänden, Landesarbeitsgemeinschaften,**  
innerparteilichen  
Vereinigungen und Delegierten frühestmöglich zugänglich gemacht. Anträge zur  
Änderung der  
Satzung müssen dem Landesvorstand zehn Wochen vor der LMV vorliegen, den  
Gliederungen durch  
ihn acht Wochen vor der LMV zugänglich gemacht und auf mindestens einem  
Landesausschuss  
besprochen werden.

103 (6) Antragsberechtigt sind **Kreisverbände,** Landesarbeitsgemeinschaften, der  
104 Landesvorstand,  
105 der Landesausschuss, die FLINTA-Vollversammlung/FLINTA Konferenz, die Kleiko  
106 sowie der  
107 Landesvorstand der Grünen Jugend Berlin, Aktiventreffen und  
108 Mitgliederversammlungen der

Grünen Jugend Berlin, die Antragskommission im Rahmen ihrer Aufgaben und mindestens fünf Mitglieder, die gemeinschaftlich einen Antrag stellen, darunter mindestens drei Frauen, wobei der Anteil an Frauen auszuweisen ist.

109 ...

110 (8) Kandidaturen für Wahlen und Listenaufstellungen sollen mindestens drei Wochen  
111 vor der  
112 Landesmitgliederversammlung dem Landesvorstand vorliegen und werden durch ihn den  
113 **Kreisverbänden, Landesarbeitsgemeinschaften**, innerparteilichen Vereinigungen und  
114 Delegierten  
115 spätestens zwei Wochen vor der Versammlung zugänglich gemacht. Die  
**Kreisverbände** und die  
Wahlversammlungen sollen die Aufstellung der Wahlkreisbewerber\*innen der Landes-  
und  
Bundestagswahl vor der Aufstellung der jeweiligen Landesliste abschließen.

116 ...

117 **§ 14 Die Frauen, Lesben, inter, nicht-binären, trans\* und agender**  
118 **Personen Vollversammlung**

119 ...

120 (7) Anträge müssen drei Wochen vor Tagungstermin dem Landesvorstand vorliegen und  
121 werden den  
122 Gliederungen, innerparteilichen Vereinigungen und Mitgliedern spätestens zwei  
123 Wochen vor  
124 Tagungstermin elektronisch zugesandt. Über die Behandlung nicht fristgerecht  
125 gestellter  
126 Anträge entscheidet die FLINTA Vollversammlung. Anträge zur FLINTA-  
Vollversammlung sollen  
vorher in den FLINTA-Gruppen der **Kreisverbände, Landesarbeitsgemeinschaften** und  
innerparteilichen Vereinigungen diskutiert werden. Gleiches gilt für Vorschläge  
zur  
Kandidatinnen\*aufstellung.

127 ...

128 **§ 21 Der Landesfinanzrat**

129 (1) Der Landesfinanzrat besteht aus den Finanzverantwortlichen der **Kreisverbände**,

130 der  
131 innerparteilichen Vereinigungen, der/dem Landesschatzmeister\*in sowie zwei  
132 Vertreter\*innen  
133 der Landesarbeitsgemeinschaften, die von den Mitgliedern des LAG Sprecher\*innen-  
134 Rats  
135 mindestens in jedem zweiten Kalenderjahr gewählt werden. Die  
136 Finanzverantwortlichen der  
**Kreisverbände** und der innerparteilichen Vereinigungen können durch ein Mitglied  
des  
jeweiligen Vorstandes im Landesfinanzrat vertreten werden, für die zwei  
Vertreter\*innen der  
Landesarbeitsgemeinschaften können die Mitglieder des LAG-Sprecher\*innen-Rats  
zwei  
Stellvertreter\*innen wählen.

137 ...

## 138 § 22 Der Diversity-Rat

139 ...

140 (2) Der Diversity-Rat besteht aus der\*dem Sprecher\*in für Vielfalt und  
141 Antidiskriminierung  
142 des Landesvorstands, den Mitgliedern der Antidiskriminierungsstelle des  
143 Landesverbands,  
144 einer\*m gewählten Vertreter\*in des LAG-Sprecher\*innen-Rats und den Diversity  
145 Beauftragten  
der Vorstände der **Kreisverbände** und der innerparteilichen Vereinigungen. Darüber  
hinaus kann  
der Diversity-Rat vier bis sechs kooptierte Mitglieder aufnehmen, die er für zwei  
Jahre  
wählt.

146 ...

## 147 **Abschnitt IV: Verfahrensvorschriften**

### 148 § 24 Quotierung

149 (1) Alle Organe und Ausschüsse, Kommissionen und Arbeitsgruppen, die auf einer  
150 Landesmitgliederversammlung, einer Landesdelegiertenkonferenz oder im  
151 Landesausschuss  
152 gewählt werden, sind mindestens zur Hälfte mit Frauen zu besetzen. Diese  
Bestimmung gilt

auch für die Wahlen der Delegierten von **Kreisverbänden**.

153 ...

## 154 **§ 28 Urabstimmung**

155 (1) Die Urabstimmung wird durchgeführt auf Verlangen von:

156 a) der Landesmitgliederversammlung oder der Landesdelegiertenkonferenz,

157 b) des Landesausschusses,

158 c) von mindestens einem Viertel der **Kreisverbände** und innerparteilichen  
Vereinigungen,

159 d) von zehn Prozent der Mitglieder.

160 ...

161 (5) Es entscheidet die einfache Mehrheit der abgegebenen Stimmen, wobei das  
162 Ergebnis bei  
163 einer Urabstimmung gemäß Absatz 1 nur bindend ist, wenn sich mindestens ein  
164 Drittel der  
165 Abstimmungsberechtigten beteiligen. Auf Verlangen von drei **Kreisverbänden** wird  
die  
Urabstimmung getrennt nach Bezirken ausgezählt. Diese Auszählung hat nur den  
Charakter eines  
Meinungsbildes.

166 ...

## 167 **ALT**

### 168 **Abschnitt I: Aufgabe, Mitgliedschaft und Mitarbeit**

169 ...

## 170 **§ 8 Ordnungsmaßnahmen**

171 ...

172 (2) Ordnungsmaßnahme gegen **Abteilungen, Bezirksgruppen** und innerparteiliche  
173 Vereinigungen  
ist deren Auflösung.

174 ...

## 175 **Abschnitt II: Gliederungen und innerparteiliche Vereinigungen**

### 176 **§ 9 Die Bezirksgruppen**

177 (1) **Eine Bezirksgruppe** hat mindestens drei Mitglieder. **Ihr** Tätigkeitsgebiet  
178 umfasst den  
179 jeweiligen Bezirk des Landes Berlin. Die **Bezirksgruppen** können weitere  
Untergliederungen  
bilden.

180 (2) Die **Bezirksgruppen** tragen den Namen „Bündnis 90/Die GRÜNEN Berlin“ zuzüglich  
181 des Namens  
des Bezirks. Weitere Namensteile sind möglich.

182 (3) Die **Bezirksgruppen** sind in ihrer Tätigkeit grundsätzlich autonom, sofern sie  
183 nicht gegen  
184 die politischen Grundsätze und Programme von Bündnis 90/Die GRÜNEN verstoßen. Sie  
185 können  
186 sich für die Regelung ihrer Angelegenheiten eine Satzung sowie eine Wahl- und  
Geschäftsordnung geben, sonst gilt die Wahl- und Geschäftsordnung der  
Landesmitgliederversammlungen/Landesdelegiertenkonferenzen.

187 (4) Die **Bezirksgruppen** wählen einen Vorstand. Er vertritt **die Bezirksgruppe** nach  
188 außen,  
189 koordiniert die Arbeit **der Bezirksgruppe** und übernimmt alle anderen **von der**  
190 **Bezirksgruppe**  
191 übertragenen Aufgaben. Er umfasst mindestens drei Personen. Ein Mitglied des  
Vorstandes ist  
als Finanzverantwortliche\*r zu benennen. Ein Mitglied des Vorstandes wird für die  
Beurkundung von Wahlvorschlägen nach den Wahlgesetzen benannt.

192 (5) Die **Bezirksgruppen** tagen als Mitgliederversammlungen, in der Regel mindestens  
193 einmal im  
194 Monat. Zu den Versammlungen sind die (Probe-)Mitglieder, die freien  
195 Mitarbeiter\*innen sowie  
Amts- und Mandatsträger\*innen aus dem Bezirk einzuladen. Beschlüsse werden mit  
der Mehrheit  
der anwesenden Mitglieder gefasst.

- 196 (6) **Die Bezirksgruppe** entscheidet insbesondere über
- 197 a) die den Bezirk betreffenden politischen Fragen,
- 198 b) **ihre** politischen Aktivitäten im Bezirk,
- 199 c) Beschlussanträge an die Organe des Landesverbandes und die Gremien des  
Bundesverbandes,
- 200 d) Verlangen nach Einberufung einer Landesmitgliederversammlung,  
201 Landesdelegiertenkonferenz,  
Bundesdelegiertenkonferenz oder Durchführung einer Urabstimmung,
- 202 e) den Haushalt **der Bezirksgruppe**,
- 203 f) die Aufstellung von Kandidat\*innen für die Wahl zur BVV und die Aufstellung  
204 von  
205 Direktkandidat\*innen für die Wahl zum Abgeordnetenhaus und zum Deutschen  
Bundestag  
entsprechend den gesetzlichen Regelungen.
- 206 (7) Die **Bezirksgruppen** wählen Delegierte für die Landesdelegiertenkonferenz, die  
207 Wahlversammlung, die FLINTA-Konferenz und den Landesausschuss. **Sie wählen**  
208 **Delegierte für die**  
209 **Bundesdelegiertenkonferenz, wobei sie eine angemessene Vertretung der Abteilungen**  
**berücksichtigen sollen.**
- 210 ...

## 211 § 10 **Abteilungen und Landesarbeitsgemeinschaften**

- 212 (1) **Abteilungen bestehen aus einer oder aus einem Zusammenschluss mehrerer**  
213 **thematisch**  
214 **verwandter Landesarbeitsgemeinschaften, die von der Landesmitgliederversammlung,**  
215 **der**  
216 **Landesdelegiertenkonferenz oder vom Landesausschuss als Abteilung anerkannt**  
**sind. In einer**  
**Abteilung müssen mindestens 15 Mitglieder ihr Stimmrecht eingetragen haben. Die**  
**Mitgliederzahl ist jährlich zum Stichtag 1. November zu überprüfen.**
- 217 (2) Landesarbeitsgemeinschaften sind Arbeitsgruppen mit mindestens drei  
218 Mitgliedern, die von  
219 der Landesmitgliederversammlung, der Landesdelegiertenkonferenz oder vom

220 Landesausschuss als  
221 Landesarbeitsgemeinschaft anerkannt werden.**Eine Landesarbeitsgemeinschaft kann**  
222 **einer**  
**Abteilung angehören oder als solche anerkannt werden.Eine Arbeitsgruppe oder**  
**Landesarbeitsgemeinschaft, die nicht einer Abteilung angehört, kann politische**  
**und**  
**finanzielle Unterstützung vom Landesverband erhalten.**

223 (3) **Abteilungen und** Landesarbeitsgemeinschaften wählen Sprecher\*innen. Sie  
224 vertreten die  
225 **Abteilung bzw.**Landesarbeitsgemeinschaft innerhalb der Partei, koordinieren die  
226 Arbeit und  
übernehmen alle anderen von der **Abteilung bzw.** Landesarbeitsgemeinschaft  
übertragenen  
Aufgaben.

227 ...

228 (6) **Abteilungen und** Landesarbeitsgemeinschaften sind in ihrer Tätigkeit  
229 grundsätzlich  
230 autonom, sofern sie nicht gegen Grundsatzbeschlüsse (Grundkonsens, Satzung) des  
231 Landes- oder  
232 Bundesverbandes verstoßen. Sie beschließen insbesondere über die ihr Politikfeld  
233 betreffenden politischen Fragen und Aktivitäten. Sie beraten in ihrem politischen  
234 Arbeitsfeld den Landesverband, die Bezirke und die Abgeordnetenhausfraktion und  
235 leisten  
236 ihren Beitrag zum gemeinsamen Wahlprogramm und beschließen über ihre daraus  
237 abgeleiteten  
238 **Abteilungs- und** Landesarbeitsgemeinschaftswahlprogramme. Die **Abteilungen und**  
Landesarbeitsgemeinschaften beschließen über Beschlussanträge an die Organe des  
Landesverbandes und des Bundesverbandes. **Abteilungen und**  
Landesarbeitsgemeinschaften können  
Wahlempfehlungen für Kandidat\*innen zu Wahlen zum Abgeordnetenhaus, zum Bundestag  
und zum  
Kongress der Europäischen Grünen Partei im Sinne einer Empfehlung (Votum)  
aussprechen.

239 (7) **Die Abteilungen wählen Delegierte für die Landesdelegiertenkonferenz, die**  
240 **FLINTA**  
241 **Konferenz und den Landesausschuss. Zu den Versammlungen, bei denen Delegierte**  
242 **oder**  
243 **stellvertretende Delegierte gewählt werden sollen, ist unter Angabe der**  
244 **Tagesordnung**  
245 **schriftlich mit einer Frist von zehn Tagen einzuladen. Die Einladungen erfolgen**  
246 **in der Regel**

*per E-Mail. Bei vorheriger Erklärung eines Mitglieds in Textform muss eine Einladung in Papierform zugestellt werden. Maßgeblich für eine ordnungsgemäße Versendung beider Arten der Einladung ist die letzte dem Landesverband bekannte oder mitgeteilte Anschrift bzw. E-Mail-Adresse.*

247 (8) Die Landesarbeitsgemeinschaften wählen Delegierte und Ersatzdelegierte für  
248 die jeweilige  
249 Bundesarbeitsgemeinschaft, die gemäß dem Statut der Bundesarbeitsgemeinschaften  
vom  
Landesvorstand bestätigt werden müssen.

250 (9) **Abteilungen und** Landesarbeitsgemeinschaften beschließen mit einfacher Mehrheit  
251 der  
252 anwesenden Mitglieder. Die Termine der Versammlungen sind in geeigneter Form zu  
veröffentlichen.

## 253 § 11 Innerparteiliche Vereinigungen

254 ...

255 (5) Innerparteiliche Vereinigungen haben entsprechend den **Bezirksgruppender**  
256 Partei Programm-  
, Satzungs-, Finanz- und Personalautonomie.

257 ...

## 258 Abschnitt III: Organe

259 ...

## 260 § 13 Die Landesmitgliederversammlung

261 ...

262 (2) Die Landesmitgliederversammlung wird auf Verlangen

263 a) der Landesdelegiertenkonferenz,

264 b) des Landesausschusses,

265 c) eines Viertels der **Bezirksgruppen, Abteilungen** und innerparteilichen  
Vereinigungen,

266 d) 10% der Mitglieder oder

267 e) auf Beschluss des Landesvorstandes einberufen.

268 ...

269 (5) Anträge müssen dem Landesvorstand fünf Wochen vor der  
270 Landesmitgliederversammlung  
271 vorliegen und werden durch ihn den **Bezirksgruppen, Abteilungen**, innerparteilichen  
272 Vereinigungen und Delegierten zugänglich gemacht. Änderungsanträge müssen zehn  
273 Tage vor der  
274 LMV vorliegen und werden den **Bezirksgruppen, Abteilungen**, innerparteilichen  
Vereinigungen  
und Delegierten frühestmöglich zugänglich gemacht. Über die Behandlung nicht  
fristgerecht  
gestellter Anträge und Änderungsanträge entscheidet die  
Landesmitgliederversammlung.

275 Für den Antrag zur Erstellung des Wahlprogramms und Anträge zur Änderung der  
276 Satzung gelten  
277 abweichende Fristen. Der Antrag über das Wahlprogramm muss dem Landesvorstand  
278 neun Wochen  
279 vor der LMV vorliegen und wird durch ihn den **Bezirksgruppen,**  
280 **Abteilungen**, innerparteilichen  
281 Vereinigungen und Delegierten zugänglich gemacht. Änderungsanträge an dem Antrag  
282 über das  
283 Wahlprogramm müssen dem Landesvorstand vier Wochen vor der LMV vorliegen und  
werden durch  
ihn den **Bezirksgruppen, Abteilungen**, innerparteilichen Vereinigungen und  
Delegierten  
frühestmöglich zugänglich gemacht. Anträge zur Änderung der Satzung müssen dem  
Landesvorstand zehn Wochen vor der LMV vorliegen, den Gliederungen durch ihn acht  
Wochen vor  
der LMV zugänglich gemacht und auf mindestens einem Landesausschuss besprochen  
werden.

284 (6) Antragsberechtigt sind **Kreisverbände**, Landesarbeitsgemeinschaften, der  
285 Landesvorstand,  
286 der Landesausschuss, die FLINTA-Vollversammlung/FLINTA Konferenz, die Kleiko  
287 sowie der  
288 Landesvorstand der Grünen Jugend Berlin, Aktiventreffen und  
289 Mitgliederversammlungen der

Grünen Jugend Berlin, die Antragskommission im Rahmen ihrer Aufgaben und mindestens fünf Mitglieder, die gemeinschaftlich einen Antrag stellen, darunter mindestens drei Frauen, wobei der Anteil an Frauen auszuweisen ist.

290 ...

291 (8) Kandidaturen für Wahlen und Listenaufstellungen sollen mindestens drei Wochen  
292 vor der  
293 Landesmitgliederversammlung dem Landesvorstand vorliegen und werden durch ihn  
294 den **Bezirksgruppen, Abteilungen**, innerparteilichen Vereinigungen und Delegierten  
295 spätestens  
296 zwei Wochen vor der Versammlung zugänglich gemacht. Die **Bezirksgruppen** und die  
Wahlversammlungen sollen die Aufstellung der Wahlkreisbewerber\*innen der Landes-  
und  
Bundestagswahl vor der Aufstellung der jeweiligen Landesliste abschließen.

297 ...

298 **§ 14 Die Frauen, Lesben, inter, nicht-binären, trans\* und agender**  
299 **Personen Vollversammlung**

300 ...

301 (7) Anträge müssen drei Wochen vor Tagungstermin dem Landesvorstand vorliegen und  
302 werden den  
303 Gliederungen, innerparteilichen Vereinigungen und Mitgliedern spätestens zwei  
304 Wochen vor  
305 Tagungstermin elektronisch zugesandt. Über die Behandlung nicht fristgerecht  
306 gestellter  
Anträge entscheidet die FLINTA Vollversammlung. Anträge zur FLINTA-  
Vollversammlung sollen  
vorher in den FLINTA-Gruppen der **Bezirksgruppen, Abteilungen** und  
innerparteilichen  
Vereinigungen diskutiert werden. Gleiches gilt für Vorschläge zur  
Kandidatinnen\*aufstellung.

307 ...

308 **§ 21 Der Landesfinanzrat**

309 (1) Der Landesfinanzrat besteht aus den Finanzverantwortlichen der  
310 **Bezirksgruppen**, der

311 innerparteilichen Vereinigungen, der/dem Landesschatzmeister\*in sowie zwei  
312 Vertreter\*innen  
313 der Landesarbeitsgemeinschaften, die von den Mitgliedern des LAG Sprecher\*innen-  
314 Rats  
315 mindestens in jedem zweiten Kalenderjahr gewählt werden. Die  
316 Finanzverantwortlichen der  
**Bezirksgruppen** und der innerparteilichen Vereinigungen können durch ein Mitglied  
des  
jeweiligen Vorstandes im Landesfinanzrat vertreten werden, für die zwei  
Vertreter\*innen der  
Landesarbeitsgemeinschaften können die Mitglieder des LAG-Sprecher\*innen-Rats  
zwei  
Stellvertreter\*innen wählen.

317 ...

## 318 § 22 Der Diversity-Rat

319 ...

320 (2) Der Diversity-Rat besteht aus der\*dem Sprecher\*in für Vielfalt und  
321 Antidiskriminierung  
322 des Landesvorstands, den Mitgliedern der Antidiskriminierungsstelle des  
323 Landesverbands,  
324 einer\*m gewählten Vertreter\*in des LAG-Sprecher\*innen-Rats und den Diversity  
325 Beauftragten  
der Vorstände der **Bezirksgruppen** und der innerparteilichen Vereinigungen. Darüber  
hinaus kann  
der Diversity-Rat vier bis sechs kooptierte Mitglieder aufnehmen, die er für zwei  
Jahre  
wählt.

326 ...

## 327 **Abschnitt IV: Verfahrensvorschriften**

### 328 § 24 Quotierung

329 (1) Alle Organe und Ausschüsse, Kommissionen und Arbeitsgruppen, die auf einer  
330 Landesmitgliederversammlung, einer Landesdelegiertenkonferenz oder im  
331 Landesausschuss  
332 gewählt werden, sind mindestens zur Hälfte mit Frauen zu besetzen. Diese  
333 Bestimmung gilt  
auch für die Wahlen der Delegierten von **Bezirksgruppen und Abteilungen, mit**

*Ausnahme der  
Abteilungen, die sich mit gleichgeschlechtlichen Lebensweisen beschäftigen.*

334 ...

## 335 § 28 Urabstimmung

336 (1) Die Urabstimmung wird durchgeführt auf Verlangen von:

337 a) der Landesmitgliederversammlung oder der Landesdelegiertenkonferenz,

338 b) des Landesausschusses,

339 c) von mindestens einem Viertel der **Bezirksgruppen, Abteilungen** und  
340 innerparteilichen  
Vereinigungen,

341 d) von zehn Prozent der Mitglieder.

342 ...

343 (5) Es entscheidet die einfache Mehrheit der abgegebenen Stimmen, wobei das  
344 Ergebnis bei  
345 einer Urabstimmung gemäß Absatz 1 nur bindend ist, wenn sich mindestens ein  
346 Drittel der  
347 Abstimmungsberechtigten beteiligen. Auf Verlangen von drei **Bezirksgruppen** wird die  
Urabstimmung getrennt nach Bezirken ausgezählt. Diese Auszählung hat nur den  
Charakter eines  
Meinungsbildes.

## Begründung

Die Gliederung und Delegiertenverteilung auf den Parteitag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Berlin sind nicht mit dem [Parteiengesetz](#), hier insbesondere §§ 7-13 zur inneren Ordnung, vereinbar. Wir sind jedoch überzeugt, dass Satzungsänderungen vorzugsweise nicht rechtlich erzwungen, sondern politisch entschieden werden. Dabei bildet das Parteiengesetz als einfachrechtliche Ausformung der verfassungsrechtlichen Vorgaben zur innerparteilichen Ordnung den Rechtsrahmen, innerhalb dessen sich politische Entscheidungen bewegen müssen.

Als Rechtsstaatspartei sollten wir unserem eigenen Anspruch gerecht werden und die Satzung des Landesverbandes schnellstmöglich in Einklang mit geltendem Recht bringen. In 15 von 16 Bundesländern ist dies bereits der Fall. Dort gibt es eine räumliche Gliederung in Orts-, Kreis-, Bezirks- und Landesverbände

nach §10 [Satzung](#) des Bundesverbandes und die Delegiertenverteilung auf den Parteitagen ist mit dem Parteiengesetz konform.

**In der Grünen Wolke finden sich die gebündelten Satzungsänderungsanträge sowie eine Präsentation zur Veranschaulichung:**<https://wolke.netzbegruenung.de/s/6djfbMmWyPmoZYE>

## SÄA-6 Gliederung und Delegiertenverteilung von B90/GRÜNE Berlin

Antragsteller\*innen: Timur Ohloff (KV Berlin-Mitte) Birgit Laubach (KV Berlin-Reinickendorf) Gisela Erler (KV Berlin-Mitte) Madlen Ehrlich (KV Berlin-Mitte) Marianne Birthler (KV Berlin-Mitte) Andreas Otto (KV Berlin-Pankow)

Tagesordnungspunkt: TOP 3 Satzungsänderungsanträge

### 1 NEU

#### 2 § 15 Die FLINTA-Konferenz

3 (1) Die FLINTA-Konferenz (FK) kann die Aufgaben der FLINTA-Vollversammlung  
4 wahrnehmen. Sie  
5 setzt sich aus den für die FLINTA-Konferenz gewählten weiblichen, lesbischen, non-  
6 binären,  
trans\* und agender Delegierten der **Kreisverbände** und Vertreterinnen\* des  
Landesvorstands und  
der Fraktion im Abgeordnetenhaus zusammen.

7 (2) Die FLINTA-Konferenz besteht aus 50 Mitgliedern. Der Landesvorstand und die  
8 Abgeordnetenhausfraktion entsenden jeweils zwei Mitglieder. Die verbleibenden  
9 Mandate werden  
10 entsprechend der Mitgliedsstärke an die **Kreisverbände** vergeben, indem ihre  
11 Mitgliederzahl  
12 mit der Zahl der verbleibenden Mandate multipliziert und durch die Gesamtzahl der  
13 Mitglieder  
14 des Landesverbandes dividiert wird. Das Ergebnis wird zu einer vollen Zahl  
gerundet, **die**  
**aber in jedem Fall mindestens 1 betragen muss (Grundmandat)**; dadurch bedingte  
Abweichungen  
von der Zahl von 50 Mitgliedern sind zulässig. Maßgeblich sind die für den  
letzten  
Jahresrechenchaftsbericht geprüften Mitgliederzahlen gemäß § 5 Absatz 3 dieser  
Satzung.

15 ...

16 **§ 18 Der Landesausschuss**

17 (1) Der Landesausschuss und die FLINTA-Vollversammlung bzw. die FLINTA-Konferenz  
18 sind die  
19 höchsten Beschlussorgane zwischen den Landesmitgliederversammlungen und  
20 Landesdelegiertenkonferenzen. Sie setzen sich aus Delegierten der **Kreisverbände**  
und  
Vertreter\*innen des Landesvorstandes und der Fraktion im Abgeordnetenhaus  
zusammen.

21 ...

22 (3) Der Landesausschuss besteht aus 50 Mitgliedern. Der Landesvorstand und die  
23 Abgeordnetenhausfraktion entsenden jeweils zwei Mitglieder. Die verbleibenden  
24 Mandate werden  
25 entsprechend der Mitgliedsstärke an die **Kreisverbände** vergeben, indem ihre  
26 Mitgliederzahl  
27 mit der Zahl der verbleibenden Mandate multipliziert und durch die Gesamtzahl der  
28 Mitglieder  
29 des Landesverbandes dividiert wird. Das Ergebnis wird zu einer vollen Zahl  
gerundet, **die**  
**aber in jedem Fall mindestens 1 betragen muss (Grundmandat)**; dadurch bedingte  
Abweichungen  
von der Zahl von 50 Mitgliedern sind zulässig. Maßgeblich sind die für den  
letzten  
Jahresrechnungsbildbericht geprüften Mitgliederzahlen gemäß § 5 Absatz 3 dieser  
Satzung.

30 ...

31 (6) Anträge müssen zwei Wochen vor dem Landesausschuss und Änderungsanträge  
32 sieben Tage vor  
33 dem Landesausschuss vorliegen. Sie werden den **Kreisverbänden,**  
34 **Landesarbeitsgemeinschaften,**  
35 innerparteilichen Vereinigungen und Delegierten frühestmöglich zugänglich  
36 gemacht. Über die  
37 Behandlung nicht fristgerecht gestellter Anträge und Änderungsanträge entscheidet  
38 der  
Landesausschuss. Antragsberechtigt sind **Kreisverbände,**  
Landesarbeitsgemeinschaften, die  
Kleiko, der Landesvorstand sowie der Landesvorstand, Aktiventreffen und  
Mitgliederversammlungen der Grünen Jugend Berlin und die Antragskommission im  
Rahmen ihrer  
Aufgaben.

39 ...

## 40 ALT

### 41 § 15 Die FLINTA-Konferenz

42 (1) Die FLINTA-Konferenz (FK) kann die Aufgaben der FLINTA-Vollversammlung  
43 wahrnehmen. Sie  
44 setzt sich aus den für die FLINTA-Konferenz gewählten weiblichen, lesbischen, non-  
45 binären,  
46 trans\* und agender Delegierten der **Bezirksgruppen, der Abteilungen, der  
innerparteilichen  
Vereinigungen** und Vertreterinnen\* des Landesvorstands und der Fraktion im  
Abgeordnetenhaus  
zusammen.

47 (2) Die FLINTA-Konferenz besteht aus 50 Mitgliedern. Der Landesvorstand und die  
48 Abgeordnetenhausfraktion entsenden jeweils zwei Mitglieder. **Jede Bezirksgruppe,  
49 jede  
50 Abteilung und jede innerparteiliche Vereinigung erhält ein Grundmandat.** Die  
51 verbleibenden  
52 Mandate werden entsprechend der Mitgliedsstärke an die **Bezirksgruppen und  
53 Abteilungen**  
54 vergeben, indem ihre Mitgliederzahl mit der Zahl der verbleibenden Mandate  
55 multipliziert und  
durch die Gesamtzahl der Mitglieder des Landesverbandes dividiert wird. Das  
Ergebnis wird zu  
einer vollen Zahl gerundet; dadurch bedingte Abweichungen von der Zahl von 50  
Mitgliedern  
sind zulässig. Maßgeblich sind die für den letzten Jahresrechenschaftsbericht  
geprüften  
Mitgliederzahlen gemäß § 5 Absatz 3 dieser Satzung.

56 ...

### 57 § 18 Der Landesausschuss

58 (1) Der Landesausschuss und die FLINTA-Vollversammlung bzw. die FLINTA-Konferenz  
59 sind die  
60 höchsten Beschlussorgane zwischen den Landesmitgliederversammlungen und  
61 Landesdelegiertenkonferenzen. Sie setzen sich aus Delegierten der **Bezirksgruppen,  
62 der  
Abteilungen, der innerparteilichen Vereinigungen** und Vertreter\*innen des  
Landesvorstandes

und der Fraktion im Abgeordnetenhaus zusammen.

63 ...

64 (3) Der Landesausschuss besteht aus 50 Mitgliedern. Der Landesvorstand und die  
65 Abgeordnetenhausfraktion entsenden jeweils zwei Mitglieder. **Jede Bezirksgruppe,**  
66 **jede**  
67 **Abteilung und jede innerparteiliche Vereinigung erhält ein Grundmandat.** Die  
68 verbleibenden  
69 Mandate werden entsprechend der Mitgliedsstärke an die **Bezirksgruppen und**  
70 **Abteilungen**  
71 vergeben, indem ihre Mitgliederzahl mit der Zahl der verbleibenden Mandate  
72 multipliziert und  
durch die Gesamtzahl der Mitglieder des Landesverbandes dividiert wird. Das  
Ergebnis wird zu  
einer vollen Zahl gerundet; dadurch bedingte Abweichungen von der Zahl von 50  
Mitgliedern  
sind zulässig. Maßgeblich sind die für den letzten Jahresrechnungsbildungsbericht  
geprüften  
Mitgliederzahlen gemäß § 5 Absatz 3 dieser Satzung.

73 ...

74 (6) Anträge müssen zwei Wochen vor dem Landesausschuss und Änderungsanträge  
75 sieben Tage vor  
76 dem Landesausschuss vorliegen. Sie werden den **Bezirksgruppen, Abteilungen,**  
77 innerparteilichen  
78 Vereinigungen und Delegierten frühestmöglich zugänglich gemacht. Über die  
79 Behandlung nicht  
80 fristgerecht gestellter Anträge und Änderungsanträge entscheidet der  
Landesausschuss.  
Antragsberechtigt sind **Bezirksgruppen,** Landesarbeitsgemeinschaften, die Kleiko,  
der  
Landesvorstand sowie der Landesvorstand, Aktiventreffen und  
Mitgliederversammlungen der  
Grünen Jugend Berlin und die Antragskommission im Rahmen ihrer Aufgaben.

81 ...

## Begründung

Die Gliederung und Delegiertenverteilung auf den Parteitagen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Berlin sind nicht mit dem [Parteiengesetz](#), hier insbesondere §§ 7-13 zur inneren Ordnung, vereinbar. Wir sind jedoch überzeugt, dass Satzungsänderungen vorzugsweise nicht rechtlich erzwungen, sondern politisch entschieden

werden. Dabei bildet das Parteiengesetz als einfachrechtliche Ausformung der verfassungsrechtlichen Vorgaben zur innerparteilichen Ordnung den Rechtsrahmen, innerhalb dessen sich politische Entscheidungen bewegen müssen.

Als Rechtsstaatspartei sollten wir unserem eigenen Anspruch gerecht werden und die Satzung des Landesverbandes schnellstmöglich in Einklang mit geltendem Recht bringen. In 15 von 16 Bundesländern ist dies bereits der Fall. Dort gibt es eine räumliche Gliederung in Orts-, Kreis-, Bezirks- und Landesverbände nach §10 [Satzung](#) des Bundesverbandes und die Delegiertenverteilung auf den Parteitag ist mit dem Parteiengesetz konform.

**In der Grünen Wolke finden sich die gebündelten Satzungsänderungsanträge sowie eine Präsentation zur Veranschaulichung:**<https://wolke.netzbegruenung.de/s/6djfbMmWYPmoZYE>

## **SÄA-7 Gliederung und Delegiertenverteilung von B90/GRÜNE Berlin**

Antragsteller\*innen: Timur Ohloff (KV Berlin-Mitte) Birgit  
Laubach (KV Berlin-Reinickendorf) Gisela  
Erler (KV Berlin-Mitte) Madlen Ehrlich (KV  
Berlin-Mitte) Marianne Birthler (KV Berlin-  
Mitte) Andreas Otto (KV Berlin-Pankow)  
Tagesordnungspunkt: TOP 3 Satzungsänderungsanträge

### 1 **NEU**

#### 2 **§ 16 Die Landesdelegiertenkonferenz**

3 (1) Die Landesdelegiertenkonferenz (LDK) nimmt in der Regel die Aufgaben der  
4 Landesmitgliederversammlung wahr. Sie setzt sich aus Delegierten der  
5 **Kreisverbände** sowie dem  
Landesvorstand zusammen.

6 (2) Die LDK tagt mindestens zweimal im Jahr. Sie findet auf Einladung des  
7 Landesvorstandes  
8 statt. Die Einladung erfolgt unter Angabe der Tagesordnung mit einer Frist von  
9 mindestens  
sieben Wochen. Bei besonderer Dringlichkeit kann die Frist verkürzt werden. Sie  
muss  
einberufen werden, wenn

10 a) der Landesausschuss mit einfacher Mehrheit,

11 b) fünf **Kreisverbände** und innerparteiliche Vereinigungen,

12 c) 10% ihrer Mitglieder oder

13 d) der Landesvorstand

14 dies beschließen.

15 (3) **Jeder Kreisverband erhält** Mandate entsprechend **seiner** Mitgliederzahl, indem

16 die Zahl  
17 **seiner** Mitglieder durch die Gesamtzahl der Mitglieder des Landesverbandes  
18 dividiert wird und  
19 das Ergebnis mit 130 multipliziert und zur nächsten vollen Zahl gerundet wird.  
20 **Die Zahl muss**  
21 **aber in jedem Fall mindestens 1 betragen (Grundmandat)**. Maßgeblich sind die für  
22 den letzten  
23 Jahresrechnungsbildungsbericht geprüften Mitgliederzahlen gemäß § 5 Absatz 3 dieser  
24 Satzung. In  
25 der Regel werden die Delegierten für ein Jahr, mindestens jedoch einmal im  
26 Kalenderjahr,  
gewählt, Wiederwahl ist unbeschränkt möglich. Auf Verlangen eines Mitgliedes der  
entsendenden Gruppe ist die Mandatierung vor einer LDK zu bestätigen, wenn dies  
in der  
Einladung angekündigt war. Das Mandat ist nicht übertragbar. Die **Kreisverbände**  
können  
Ersatzdelegierte wählen, die bei Verhinderung oder Ausscheiden das Mandat  
wahrnehmen können.  
Scheidet ein\*e Delegierte\*r vorzeitig aus, findet eine Nachwahl für die  
verbleibende  
Amtszeit statt.

27 ...

## 28 **ALT**

### 29 **§ 16 Die Landesdelegiertenkonferenz**

30 (1) Die Landesdelegiertenkonferenz (LDK) nimmt in der Regel die Aufgaben der  
31 Landesmitgliederversammlung wahr. Sie setzt sich aus Delegierten der  
32 **Bezirksgruppen, der**  
**Abteilungen und der innerparteilichen Vereinigungen** sowie dem Landesvorstand  
zusammen.

33 (2) Die LDK tagt mindestens zweimal im Jahr. Sie findet auf Einladung des  
34 Landesvorstandes  
35 statt. Die Einladung erfolgt unter Angabe der Tagesordnung mit einer Frist von  
36 mindestens  
sieben Wochen. Bei besonderer Dringlichkeit kann die Frist verkürzt werden. Sie  
muss  
einberufen werden, wenn

37 a) der Landesausschuss mit einfacher Mehrheit,

38 b) fünf **Bezirksgruppen, Abteilungen** und innerparteiliche Vereinigungen,

39 c) 10% ihrer Mitglieder oder

40 d) der Landesvorstand

41 dies beschließen.

42 (3) **Jede Bezirksgruppe, jede Abteilung und jede innerparteiliche Vereinigung**  
43 **erhält zwei**

44 **Grundmandate. Zusätzlich erhalten sie** Mandate entsprechend **ihrer** Mitgliederzahl,  
45 indem die

46 Zahl **ihrer** Mitglieder durch die Gesamtzahl der Mitglieder des Landesverbandes  
47 dividiert wird

48 und das Ergebnis mit 130 multipliziert und zur nächsten vollen Zahl gerundet  
49 wird.

50 Maßgeblich sind die für den letzten Jahresrechenchaftsbericht geprüften  
51 Mitgliederzahlen

52 gemäß § 5 Absatz 3 dieser Satzung. In der Regel werden die Delegierten für ein  
53 Jahr,

mindestens jedoch einmal im Kalenderjahr, gewählt, Wiederwahl ist unbeschränkt  
möglich. Auf

Verlangen eines Mitgliedes der entsendenden Gruppe ist die Mandatierung vor einer  
LDK zu

bestätigen, wenn dies in der Einladung angekündigt war. Das Mandat ist nicht  
übertragbar.

Die **Gliederungen und innerparteilichen Vereinigungen** können Ersatzdelegierte  
wählen, die bei

Verhinderung oder Ausscheiden das Mandat wahrnehmen können. Scheidet ein\*e  
Delegierte\*r

vorzeitig aus, findet eine Nachwahl für die verbleibende Amtszeit statt.

54 ...

## Begründung

Die Gliederung und Delegiertenverteilung auf den Parteitag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Berlin sind nicht mit dem [Parteiengesetz](#), hier insbesondere §§ 7-13 zur inneren Ordnung, vereinbar. Wir sind jedoch überzeugt, dass Satzungsänderungen vorzugsweise nicht rechtlich erzwungen, sondern politisch entschieden werden. Dabei bildet das Parteiengesetz als einfachrechtliche Ausformung der verfassungsrechtlichen Vorgaben zur innerparteilichen Ordnung den Rechtsrahmen, innerhalb dessen sich politische Entscheidungen bewegen müssen.

Als Rechtsstaatspartei sollten wir unserem eigenen Anspruch gerecht werden und die Satzung des

Landesverbandes schnellstmöglich in Einklang mit geltendem Recht bringen. In 15 von 16 Bundesländern ist dies bereits der Fall. Dort gibt es eine räumliche Gliederung in Orts-, Kreis-, Bezirks- und Landesverbände nach §10 [Satzung](#) des Bundesverbandes und die Delegiertenverteilung auf den Parteitagen ist mit dem Parteiengesetz konform.

**In der Grünen Wolke finden sich die gebündelten Satzungsänderungsanträge sowie eine Präsentation zur Veranschaulichung:**<https://wolke.netzbegruenung.de/s/6djfbMmWyPmoZYE>

## **SÄA-8 Gliederung und Delegiertenverteilung von B90/GRÜNE Berlin**

Antragsteller\*innen: Timur Ohloff (KV Berlin-Mitte) Birgit  
Laubach (KV Berlin-Reinickendorf) Gisela  
Erlar (KV Berlin-Mitte) Madlen Ehrlich (KV  
Berlin-Mitte) Marianne Birthler (KV Berlin-  
Mitte) Andreas Otto (KV Berlin-Pankow)  
Tagesordnungspunkt: TOP 3 Satzungsänderungsanträge

1 **NEU**

2 **Satzung von Bündnis 90/Die GRÜNEN Berlin**

3 ...

4 **Abschnitt III: Organe**

5 § 12 Organe des Landesverbandes

6 § 13 Landesmitgliederversammlung

7 § 14 FLINTA-Vollversammlung

8 § 15 FLINTA-Konferenz

9 § 16 Landesdelegiertenkonferenz

10 **§ 17 ---**

11 § 18 Landesausschuss

12 § 19 Landesvorstand

13 § 20 Landesparteirat

14 § 21 Landesfinanzrat

15 § 22 Diversity-Rat

16 § 23 Schieds- und Schlichtungsorgane

17 ...

## 18 **Abschnitt II: Gliederungen und innerparteiliche Vereinigungen**

### 19 **§ 9 Die Bezirksgruppen**

20 (7) Die Bezirksgruppen wählen Delegierte für die Landesdelegiertenkonferenz, die  
21 FLINTA-  
Konferenz und den Landesausschuss.

22 ...

## 23 **Abschnitt III: Organe**

### 24 **§ 12 Organe**

25 Organe des Landesverbandes sind:

26 (1) die Landesmitgliederversammlung

27 (2) die FLINTA-Vollversammlung

28 (3) die Landesdelegiertenkonferenz

29 **(4) ---**

30 (5) die FLINTA-Konferenz

31 (6) der Landesausschuss

32 (7) der Landesvorstand

33 (8) der Landesparteirat

34 (9) der Landesfinanzrat

35 (10) der Diversity-Rat

36 (11) die Schieds- und Schlichtungsorgane.

37 ...

38 **§ 17 ---**

39 **(1) ---**

40 **(2) ---**

41 **(3) ---**

42 **(4) ---**

43 **(5) ---**

44 **ALT**

45 **Satzung von Bündnis 90/Die GRÜNEN Berlin**

46 ...

47 **Abschnitt III: Organe**

48 § 12 Organe des Landesverbandes

49 § 13 Landesmitgliederversammlung

50 § 14 FLINTA-Vollversammlung

51 § 15 FLINTA-Konferenz

52 § 16 Landesdelegiertenkonferenz

53 **§ 17 *Wahlversammlung***

54 § 18 Landesausschuss

55 § 19 Landesvorstand

56 § 20 Landesparteirat

57 § 21 Landesfinanzrat

58 § 22 Diversity-Rat

59 § 23 Schieds- und Schlichtungsorgane

60 ...

## 61 **Abschnitt II: Gliederungen und innerparteiliche Vereinigungen**

### 62 **§ 9 Die Bezirksgruppen**

63 (7) <sup>1</sup>Die Bezirksgruppen wählen Delegierte für die Landesdelegiertenkonferenz, **die**  
64 **Wahlversammlung**, die FLINTA-Konferenz und den Landesausschuss.

65 ...

## 66 **Abschnitt III: Organe**

### 67 **§ 12 Organe**

68 Organe des Landesverbandes sind:

69 (1) die Landesmitgliederversammlung

70 (2) die FLINTA-Vollversammlung

71 (3) die Landesdelegiertenkonferenz

72 **(4) die Wahlversammlung**

73 (5) die FLINTA-Konferenz

74 (6) der Landesausschuss

75 (7) der Landesvorstand

76 (8) der Landesparteirat

77 (9) der Landesfinanzrat

78 (10) der Diversity-Rat

79 (11) die Schieds- und Schlichtungsorgane.

80 ...

81 **§ 17 Die Wahlversammlung**

82 **(1) Ist entsprechend § 16, insbesondere für den Fall dass eine**  
83 **Landesmitgliederversammlung**  
84 **nicht beschlussfähig ist, die Landesdelegiertenkonferenz zur Aufstellung der**  
85 **Landeslisten**  
86 **für die Wahlen zum Abgeordnetenhaus oder zum Deutschen Bundestag berufen, werden die**  
**Landeslisten durch eine Wahlversammlung gewählt, nachdem die LDK ein Meinungsbild**  
**für die**  
**Listen erstellt hat.**

87 **(2) Die Wahlversammlung besteht aus den Delegierten der Bezirksgruppen und soll**  
88 **im direkten**  
**Anschluss zur Landesdelegiertenkonferenz bzw. Landesmitgliederversammlung**  
**stattfinden.**

89 **(3) Bei der Wahl der Delegierten für die Wahlversammlung in den Bezirksgruppen**  
90 **haben das**  
91 **aktive und passive Wahlrecht alle Mitglieder, die zu diesem Zeitpunkt zur**  
92 **jeweiligen Wahl**  
93 **des Abgeordnetenhauses oder Bundestags für welche die Landesliste aufgestellt**  
**wird, aktiv**  
**wahlberechtigt sind, und im Bezirk ihren Hauptwohnsitz haben. Dies gilt auch für**  
**Mitglieder,**  
**die ihr Stimmrecht in einer Abteilung oder einer innerparteilichen Vereinigung**  
**ausüben.**

94 **(4) Jede Bezirksgruppe erhält zwei Grundmandate. Die Wahl der Delegierten erfolgt**  
95 **für die**  
96 **Aufstellung einer Landesliste. Im Übrigen gelten § 16 Abs. 3 Sätze 2, 3, 5 bis 7**  
97 **entsprechend, wobei auch Mitglieder, die ihr Stimmrecht in einer Abteilung oder**

98 *innerparteilichen Gliederung wahrnehmen, aber ihren Hauptwohnsitz im jeweiligen*  
99 *Bezirk*  
*haben, berücksichtigt werden. Bei der Wahl der Delegierten sind die jeweiligen*  
*wahlrechtlichen Vorgaben, wie z.B. der Zeitpunkt der Wahl der Delegierten,*  
*einzuhalten.*

100 *(5) Im Übrigen gelten die Vorschriften über die*  
101 *Landesdelegiertenkonferenz entsprechend.*  
102 *Die Geschäftsordnung der Landesdelegiertenkonferenz findet Anwendung, soweit die*  
*Wahlversammlung nicht etwas Abweichendes beschließt.*

## **Begründung**

Die Gliederung und Delegiertenverteilung auf den Parteitag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Berlin sind nicht mit dem [Parteiengesetz](#), hier insbesondere §§ 7-13 zur inneren Ordnung, vereinbar. Wir sind jedoch überzeugt, dass Satzungsänderungen vorzugsweise nicht rechtlich erzwungen, sondern politisch entschieden werden. Dabei bildet das Parteiengesetz als einfachrechtliche Ausformung der verfassungsrechtlichen Vorgaben zur innerparteilichen Ordnung den Rechtsrahmen, innerhalb dessen sich politische Entscheidungen bewegen müssen.

Als Rechtsstaatspartei sollten wir unserem eigenen Anspruch gerecht werden und die Satzung des Landesverbandes schnellstmöglich in Einklang mit geltendem Recht bringen. In 15 von 16 Bundesländern ist dies bereits der Fall. Dort gibt es eine räumliche Gliederung in Orts-, Kreis-, Bezirks- und Landesverbände nach §10 [Satzung](#) des Bundesverbandes und die Delegiertenverteilung auf den Parteitag ist mit dem Parteiengesetz konform.

**In der Grünen Wolke finden sich die gebündelten Satzungsänderungsanträge sowie eine Präsentation zur Veranschaulichung:**<https://wolke.netzbegrueung.de/s/6djfbMmWyPmoZYE>